



Strategische Arbeitsplanung 2007 der Konrad-Adenauer-Stiftung

Inhalt

	Seite
I) Strategische Ausrichtung für die Arbeitsplanung 2007	1
II) Deutsche EU-Ratspräsidentschaft	6
III) Grundwertedebatte und Begleitung der Grundsatzprogrammdiskussion	12
IV) Analyse des Zustandes der parlamentarischen Demokratie und des Parteiensystems in Deutschland	14
V) Politisch-historisches Kalendarium 2007-2008	17



I) Strategische Ausrichtung für die Arbeitsplanung 2007

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat den Auftrag, die Grundlagen der Christlichen Demokratie zu pflegen und zeitgerecht zu formulieren. Eine zeitgerechte Formulierung und Interpretation christlich-demokratischer Grundlagen bedeutet für die Jahresarbeitsplanung der Stiftung, wesentliche politische Ereignisse und Entwicklungen zu analysieren und daraus strategische politische Handlungsnotwendigkeiten abzuleiten. Im Jahr 2007 sind die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die Grundsatzprogrammdiskussion sowie das Erscheinungsbild der parlamentarischen Demokratie und des Parteiensystems in Deutschland Eckpunkte für die Schwerpunktbildung und inhaltliche Profilierung der Stiftungsarbeit.

1. Begleitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft durch die KAS

Die gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden bedeuten nicht nur eine Herausforderung für die deutsche und die nachfolgenden Ratspräsidentschaften. Europa liegt als Raum historisch einmaligen Wohlstandes, lang währenden Friedens und sozialer Sicherheit im Interesse aller Bürger. Es muss ein gestaltender Akteur in der Globalisierung werden. Politisch und wirtschaftlich, sozial und kulturell gibt es keine Alternative zu Europa. Aus diesem Grunde muss dem Akzeptanzverlust der EU auch in Deutschland entgegengewirkt werden. Hierzu wird die Konrad-Adenauer-Stiftung ihren Beitrag leisten und ihre personellen und finanziellen Kräfte im ersten Halbjahr 2007 für dieses Ziel bündeln.

Über ihre vielfältigen Instrumente der Politischen Bildung, über Publikationen und Veranstaltungen im In- und Ausland wird die KAS die Bürger informieren, Vorurteile abbauen helfen sowie Zusammenhänge und Hintergründe erläutern. Leitmotive unserer Arbeit werden der Beitrag der christlichen Demokraten zur Entwicklung Europas, seine Bedeutung als Bildungs-, Wissens- und Wertegemeinschaft, aber auch die außenpolitische Rolle Europas im globalen Wirtschaftsgeschehen und im globalen Wertedialog sein. Unsere Maßnahmen finden zwar schwerpunktmäßig in der ersten Jahreshälfte 2007 statt, unser Blick geht aber über das erste Halbjahr 2007 hinaus. Wir streben eine mittelfristige und überjährige integrierte Planung bis zum Jahre 2009 an.

2. Beitrag der KAS zur Grundwertedebatte und zur Grundsatzprogrammdiskussion

Das Verhältnis der Grundwertetrias Freiheit – Solidarität – Gerechtigkeit bestimmt den Identitätskern der christlich-demokratischen Bewegung. Tragfähige politische Entscheidungen für die Zukunft setzen ein ausbalanciertes Verhältnis dieser Werte zueinander voraus. Politik muss auf Prinzipien gründen, um Akzeptanz zu finden. Die Union steht dabei immer wieder vor der Aufgabe, nach innen eine bindende und orientierende Identität für ihre Mitglieder zu schaffen. Zugleich muss sie nach außen profiliert und von anderen politischen Kräften in Deutschland unterscheidbar bleiben.

Eine intensive Befassung mit den Grundwerten und dem christlichen Menschenbild als Grundlage allen politischen Handelns der christlichen Demokraten kann dazu beitragen, zugleich identitäts- und profildbildend in die Gesellschaft zu wirken. Das erfordert eine möglichst intensive und breite Debatte in Deutschland über die Grundlagen und Ziele politischen Handelns. Eine Demokratie mit zu wenig Demokraten, Parteien mit schwindenden Mitgliederzahlen oder Sozialpartner ohne relevante Verankerung in der Arbeitswelt schwächen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das parlamentarische politische System insgesamt. Die Stiftung möchte die Wertedebatte



fördern, vertiefen und zugleich in die Breite tragen. Die politische Mitwirkung sollte von den Bürgern wieder stärker als ein Recht begriffen werden, dessen Ausübung nicht lästige Pflicht sein darf, sondern die entscheidende Voraussetzung für den Erhalt einer stabilen Demokratie ist.

Eigenverantwortung und Solidarität werden immer häufiger als sich widersprechende Werte dargestellt und politisch instrumentalisiert. Das widerspricht dem christlich-demokratischen Verständnis des Menschen als *ens individuale* und *ens sociale*. Doch es ist nicht zu leugnen, dass das Angebot von mehr Freiheit und Verantwortung zunehmend als Bedrohung empfunden wird, als ein Verlust von Sicherheit, die über Jahrzehnte als garantiert erschien. Zur aktiven Teilhabe an der Freiheit müssen die Menschen befähigt werden. Freie Entfaltung der Persönlichkeit setzt immer auch ein Mindestmaß an Sicherheit voraus. Die berechtigte Forderung nach Orientierung, Stabilität und Sicherheit darf andererseits jedoch nicht den Willen zur notwendigen Veränderung und Anpassung an sich wandelnde Rahmenbedingungen untergraben. Eine zeitgemäße Formulierung der Sozialen Marktwirtschaft beinhaltet die Forderung, die Menschen in Deutschland zu chancenreichen Akteuren in einer globalen Wirtschaftsordnung zu machen. Denn Deutschland profitiert – volkswirtschaftlich betrachtet – überdurchschnittlich von der Globalisierung. Unsere Außen- und Wirtschaftspolitik, vor allem aber unsere Bildungspolitik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bürger aktiv, offen, tolerant und konkurrenzfähig an den globalen Entwicklungen teilhaben und Globalisierung für sich als Chance begreifen können.

Es gehört zu den wesentlichen Aufgaben einer Politischen Stiftung, sich an den grundlegenden geistigen Richtungsbestimmungen zu beteiligen. Deshalb hat die wissenschaftliche Begleitung der Grundsatzprogrammdiskussion der CDU für die Arbeit der KAS einen zentralen Stellenwert. Im Vordergrund stehen dabei die Betonung der Balance zwischen den Grundwerten, die Formulierung von Zukunftsperspektiven und Leitbildern sowie die Selbstvergewisserung in der Geschichte der CDU und im christlichen Menschenbild.

3. Erscheinungsbild der parlamentarischen Demokratie und des Parteiensystems in Deutschland

Politische Stiftungen sind in einem weiteren Feld besonders gefordert. Die Zustimmung zu den Grundlagen unserer politischen und wirtschaftlichen Ordnung sinkt. Wahlergebnisse und Wahlbeteiligungen dokumentieren, dass die Volksparteien gegenwärtig oftmals nur noch ein Viertel der Wähler für sich gewinnen können. Dies wirft die Frage nach der Zukunft der Volksparteien und nach der strukturellen Mehrheit für das bürgerliche Lager auf. Politische Extremisten im linken Spektrum scheinen weithin akzeptiert zu werden. Gleichzeitig verzeichnen die Extremisten im rechten Spektrum Besorgnis erregende Zuwachszahlen. Die rechte Szene fischt erfolgreich im Reservoir der Modernisierungsverlierer, gibt sich aber auch zunehmend einen bürgerlichen Anstrich und versucht allmählich ein intellektuelles Umfeld an sich zu binden. Eine beachtliche Professionalisierung im Auftreten der Rechten ist unübersehbar und trägt zu ihren Erfolgen bei.

Von den Volksparteien enttäuschte Wähler bescheren vor allem der FDP signifikante demoskopische Zuwachsrate. Die Union befindet sich in einem schwierigen Dialog sowohl mit der Wirtschaft als auch mit den Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie übernimmt unterdessen programmatische Kernbegriffe der Union und verzeichnet mit dieser Strategie Zustimmung in der Bevölkerung.

Dass eine zu große Gruppe der Gesellschaft in Perspektivlosigkeit lebt oder sich gar darin einrichtet, muss von der Konrad-Adenauer-Stiftung thematisiert werden. Es widerspricht dem christlichen Menschenbild, wenn Einzelpersonen, ganze Familien und vor allem Kinder von der wirtschaftlichen und damit auch der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe ausgeschlossen sind bzw. aussteigen und sich selbst ausschließen. Dieser Befund erfordert auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung aktives Gegensteuern. Denn die ohnehin zahlenmäßig sinkende Gruppe der Erwerbstätigen wird nicht eine wachsende Zahl von Rentenbeziehern und zugleich eine zu große Zahl staatlicher Transferempfänger versorgen können. Die Verfestigung eines nach oben undurchlässiger werdenden Milieus am unteren Ende



der Sozialskala birgt erhebliche politische Risiken und darf in ihrer Wirkung auf die Stabilität unseres demokratischen Systems nicht unterschätzt werden.

In der Debatte über die Rolle des Staates und seine Handlungsfähigkeit herrscht nach wie vor Uneinigkeit darüber, wo die Grenzen staatlichen "Kümmerns" zu ziehen sind. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird im Rahmen ihres langjährigen Leitthemas „Bürgergesellschaft“ der aus dem christlichen Menschenbild erwachsenen Überzeugung folgen, dass weder mit einem liberalen Nachtwächterstaat noch mit einem umfassenden, letztlich überforderten Vorsorgestaat die notwendige Balance zwischen Freiheit und Gerechtigkeit, zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Sicherheit sowie zwischen Globalisierung und wertgebundener Orientierung der Menschen herzustellen ist.

Die Notwendigkeit, wesentliche politische und gesellschaftliche Entwicklungen der jüngsten Zeit in den Blick zu nehmen und – mit aktuellem Bezug auch auf herausragende Ereignisse – daraus strategische Handlungsempfehlungen zu formulieren, wird durch die für die überjährige Planung beschlossenen Leitthemen der Stiftung

- Soziale Marktwirtschaft,
- Zukunft der europäischen Ordnung,
- Ethische Grundlagen der modernen Bürgergesellschaft,

fortgesetzt. Die für die strategische Ausrichtung 2007 formulierten drei Schwerpunkte der Stiftungsarbeit sind in ihren inhaltlichen Zusammenhängen auch weiterhin mit den Leitthemen und dem mit ihnen verbundenen langfristigen bildungspolitischen Ansatz verknüpft.



II) Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

1. Überlegungen und Planungen der Konrad-Adenauer-Stiftung

Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist das Vorantreiben der Europäischen Einigung eine Aufgabe von herausragender Bedeutung. Wir sind davon überzeugt, dass Europa den Bürger wieder stärker in den Mittelpunkt stellen muss, um die größer werdende Akzeptanzlücke zu schließen. Die nationale und kulturelle Vielfältigkeit Europas darf deshalb nicht eingeblendet werden. Auch in einer sich immer schneller globalisierenden Welt bedarf es der eigenständigen Nationen und der verschiedenen nationalen Identitäten, um Europa innere Bindung zu geben und es zu einem starken und handlungsfähigen Akteur zu machen. Zur Begleitung der deutschen Ratspräsidentschaft und ihrer Ziele greift die Konrad-Adenauer-Stiftung wichtige politische Ereignisse auf. Termine, Daten und Themenschwerpunkte werden in unsere Maßnahmenplanung eingebettet. Hierzu im Einzelnen:

- Im März 2007 jährt sich die Unterzeichnung der Römischen Verträge zum 50. Mal. Dazu wird es in unmittelbar zeitlichem Zusammenhang in Berlin eine zentrale europapolitische Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung geben. Ziel ist es, den Beitrag der christlichen Demokratie zur europäischen Entwicklung zu unterstreichen. Zusätzlich werden wir dieses Jubiläum mit einer Ausstellung im Bonner Haus der Geschichte feiern.
- Die Außenpolitik wird im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft einen großen Raum einnehmen. Die globalen Krisen und Probleme, die Reformvorhaben der Europäischen Union sowie die Herausforderung Deutschlands und Europas durch die Globalisierung stehen im Mittelpunkt. Europas Rolle als gestaltender Akteur der Globalisierung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Internationale und globale Entwicklungen lassen sich von der innereuropäischen Agenda nicht mehr trennen. Die „Außenpolitisierung der politischen Agenda“ (Jan Ross) und das Phänomen der „Entgrenzung“ (Karl Lamers) machen deutlich: Europa muss innen stark sein, um außenpolitische Herausforderungen meistern und als Akteur im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.
- Ein weiteres, zentrales Ziel der Stiftungs-Maßnahmen ist es, den Beitrag der christlichen Demokraten an der politischen Entwicklung der EU herauszuarbeiten. Wir wollen uns besonders mit der christlichen Substanz, dem Erbe und der kulturellen Identität Europas auseinandersetzen.
- Das Verhältnis von christlich-demokratischen Perspektiven und neuen Wegen Europas ist ein weiteres Thema. Es gibt ein steigendes Bedürfnis nach religiöser Orientierung (Schell-Studie). Die Menschen suchen nach materieller und politischer Sicherheit, eingebettet in eine humane, als sozial und solidarisch empfundene Gesellschaft. Sie suchen Orientierung in Werten, aber auch religiöse Geborgenheit. Das belegt eindrucksvoll die jüngste europäische Wertestudie *The Europeans, Culture and Cultural Values*.
- Besonders wichtig ist es, den Mehrwert der europäischen Einigung für die Bürger hervorzuheben und bewusst zu machen, dass Europa in jeder Hinsicht eine „Wohlstandsgesellschaft“ ist. Die Erhaltung von Frieden, Sicherheit und europäischer Lebensqualität ist keine Selbstverständlichkeit in einer Welt dauerhafter Veränderungen und Unsicherheiten.
- Europa als Bildungs- und Wissensgemeinschaft zu stärken ist ebenfalls ein Aufgabenfeld für die Konrad-Adenauer-Stiftung. Bildung ist eine der wesentlichen Quellen zur Stärkung Europas. Nur die Mobilisierung der geistigen Potenziale versetzt uns in die Lage, im weltweiten Wettbewerb zu bestehen. Deshalb ist die Qualität der Bildung und Ausbildung sowie die Spitzenforschung in Europa ein vorrangiges Thema.
- Wir müssen die Bürger davon überzeugen, dass die Reformen in Deutschland und Europa weitergehen müssen, dass deutsche Interessen nur mit Europa gewahrt bleiben und dass Europa aus diesem Grunde im fundamentalen deutschen Interesse liegt.



- In unserer internationalen Arbeit außerhalb Europas werden die Wertedebatte und der globale Dialog in den Mittelpunkt rücken. Die europäischen Außenstellen sollen Positionspapiere zur Zukunft der Europäischen Union diskutieren.
- Es wird eine zusammenhängende Agenda der deutschen mit den folgenden Ratspräsidentschaften geben. Das legt nahe, den Themenstrang „Europapolitische Agenda der Zukunft“ über den Zeitraum der deutschen Präsidentschaft hinaus zu führen. Die deutsche Ratspräsidentschaft gibt Impulse, um die Europapolitik als wichtiges Kompetenz- und Profilthema der KAS weiterzuführen. Europa war immer ein Kernthema christlich-demokratischer Politik und sollte es auch weiterhin sein. In diesem Zusammenhang ist vorgesehen, dass die Veranstaltungen der Außenstellen zu den Positionspapieren der EIN und der EVP ausgewertet und in einem Schlussresümee zusammengebunden werden. Ein solches „Leitpapier für die Zukunft Europas“ könnte nach Ende der deutschen Ratspräsidentschaft publiziert werden. Im Idealfalle wäre es gleichzeitig der Startschuss für die Weiterbehandlung des europapolitischen Themenstrangs der Stiftung.
- Neben der inhaltlichen Begleitung der deutschen Ratspräsidentschaft wird die KAS ergänzend auch kritische Fragen aufwerfen und über die Ratspräsidentschaft hinausweisende Themen ansprechen, die sie deutlicher akzentuieren kann als die Ratspräsidentschaft selbst. Zum Beispiel:
 - Energie – NATO
 - Zusammenleben in Europa und die Frage von historischen „Erblasten“
 - Umgang mit Nationalitäten und Minderheiten
 - Fragen des Umgangs mit Migration
 - Zusammenleben mit Nachbarn
 - Fragen der Identität Europas und damit nach den Grenzen der Erweiterung

Unser Leitmotiv

Christliches Menschenbild: Fundament und Zukunft Europas

- Europa der Bürger
- Wohlstand und Sicherheit für alle
- Frieden für die Welt

Kuratorium der KAS

Das Kuratorium der Stiftung verabschiedet unter Vorsitz von Prof. Roman Herzog im November 2006 Leitsätze zu Europas Zukunft als Wertegemeinschaft (Das christliche Menschenbild – Leitbild für Europas Zukunft). Diese Leitsätze sind der Beitrag der Stiftung zur ethischen Fundierung der Einigung Europas. Sie werden anlässlich der Auftaktveranstaltung der KAS in Berlin Mitte Januar 2007 präsentiert.



2. Arbeitsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Ratspräsidentschaft

Die Konrad-Adenauer-Stiftung plant folgende zentrale Veranstaltungen in Deutschland:

2.1. Berlin

Berlin ist als Veranstaltungsort im Zuge der Ratspräsidentschaft eine große Herausforderung. Viele Organisationen führen Veranstaltungen durch, das Zentrum der Ratspräsidentschaft selbst ist natürlich Berlin. Gleichwohl will und wird die Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin Präsenz zeigen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung plant eine **Zentralveranstaltung** zur EU-Ratspräsidentschaft an einem besonders wirkungsträchtigen Ort in Berlin mit Spitzenvertretern der deutschen und europäischen Politik. Ziel ist deutlich zu machen, dass die politische, gesellschaftliche und ökonomische Leistung der Regierung Adenauer und damit der CDU unabdingbare Voraussetzung für die Unterzeichnung der Römischen Verträge und damit für den Beginn der europäischen Integration war.

Außerdem werden **Europatage** der Stiftung in der Akademie am Tiergarten oder an anderen Veranstaltungsorten stattfinden. Wir wollen versuchen, zur Durchführung andere Partner in Berlin zu finden. Dadurch werden wir in der Hauptstadt breiter wahrgenommen. Innerhalb jedes Europatages soll es eine politische Botschaft geben, die durch eine Veranstaltung der KAS oder einen Redner formuliert wird und einen entsprechenden Niederschlag in den Medien finden soll. An folgende Themenschwerpunkte ist gedacht:

a) Europatag I: Europas kulturell-geistige Dimension

Hier wird die Präsentation der Leitsätze des Kuratoriums auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes, also Europas gemeinsamer Werte- und Bildungskanon, im Mittelpunkt stehen.

- Beginn mit Gottesdienst
- Symposium / Round-table (Christliches Menschenbild und Europa)
- Europa-Konzert der Altstipendiaten

Zusätzlich wird in Kooperation mit dem Deutschen Musikrat einen Tag nach dem Europäischen Gipfel zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge in Berlin ein Konzert eines europäischen JugendJazzOrchesters im Schauspielhaus stattfinden. Das Konzert wird eingeleitet mit einer Europarede eines hochrangigen Redners (26. März 2007), die Veranstaltung findet im Rahmen der von der Bundesregierung geförderten Europatournee des europäischen JugendJazzOrchesters statt.

b) Europatag II: Europa der Ideen und Erfolge

In Zusammenarbeit mit Partnern wollen wir europäische Erfolgsmodelle präsentieren. Europa ist nicht nur eine Wertegemeinschaft, es ist auch eine Wissensgemeinschaft, gerade, weil es auf gemeinsamen Werten basiert. Forschung auf höchstem Niveau, Wettbewerbsfähigkeit, Bildung, Wissen, Innovation und Kreativität: hier liegt die Zukunft Europas.

- ERASMUS (In Europa studieren)
- Europa-Universitäten (In Europa forschen)
- EADS (In Europa arbeiten)

c) Europatag III: Europa im Dialog mit der Welt

Es wird einen globalen Round-table mit Partnern aus 4 Kontinenten geben. Europa befindet sich im ständigen Dialog mit anderen Religionen und Kulturen. Die Frage, wer wir sind, ist in diesem Kontext zentral. Denn Selbstverständnis ist die Grundlage von Toleranz und friedlichem Zusammenleben.



2.2. Bonn, Leipzig und Köln

Neben Berlin sind Bonn, Leipzig und Köln weitere Schwerpunktorte für KAS-Veranstaltungen zur EU-Ratspräsidentschaft.

a) Bonn

- Wasserwerkgespräch mit Jean-Claude Juncker
- Ausstellung im Haus der Geschichte in Zusammenarbeit mit der de Gasperi-Stiftung „Die Gründerväter Europas“
 - Eröffnung:
 - Gottesdienst oder geistliches Wort
 - Ausstellungseröffnung mit Persönlichkeiten aus Deutschland, Italien und Frankreich
 - Repräsentanten der Familien Adenauer, de Gasperi und Schuman sollten an Gottesdienst und an der Ausstellungseröffnung teilnehmen
 - Colloquium von Jungparlamentariern – Verabschiedung eines Zukunftsmanifests

b) Leipzig

Der europäische Jugendkongress ist auf zwei Tage angelegt (9./10. März 2007).

Unter einem noch zu formulierenden jugendgemäßen Motto wollen wir über Europa informieren, aber auch Spaß und Unterhaltung anbieten. Die Vielfalt, Kreativität und Chancen Europas sind herauszustellen. Die Veranstaltung soll Stätte der Begegnung für Jugendliche aus verschiedenen Regionen sein.

Angestrebt wird eine Zusammenarbeit mit Stipendiaten der KAS und ihren Partnern aus anderen Ländern.

c) Köln

„Ein Tag für Europa“ in Kooperation mit dem deutschen Musikrat und der Stadt Köln (Konzert, Ausstellung, Podiumsdiskussion).

Zusätzlich führen die Hauptabteilungen eine Reihe von dezentralen Maßnahmen zur Begleitung der EU-Ratspräsidentschaft durch:

2.3. Politische Bildung

Die Politische Bildung soll

- die Bürger über Europa aufklären;
- die Vorteile Europas für die Bürger herausarbeiten und bewusst machen, dass Europa im deutschen Interesse liegt;
- die christlichen Wurzeln Europas und die Weiterentwicklung Europas als christliche Wertegemeinschaft deutlich machen;
- über den Stand der Verfassungsdebatte informieren (Wege aus der Stagnation);
- die Zukunftsperspektiven Europas vor dem Hintergrund weltweiter Veränderungen aufzeigen und vermitteln, dass ein starkes Europa Voraussetzung für Konkurrenzfähigkeit ist.



Geplant sind:

- Europarednertour in Landeshauptstädten
- Veranstaltungen in den Bildungswerken
- Fortsetzung und Intensivierung der Europaseminare mit Exkursion nach Brüssel

2.4. Archiv für Christliche Demokratie

Das Archiv für Christliche Demokratie wird sich insbesondere mit den geistigen Wurzeln Europas und der Europäischen Integration befassen. Im Mittelpunkt stehen die christlichen Werte in Europa, die gemeinsamen Leitbilder und der Anteil von christlichen Demokraten am Aufbau und der Gestaltung Europas.

Aus den Beiträgen und Diskussionen einer Veranstaltung in Cadenabbia vom 1. bis 5. November 2006 zum Thema „Christentum und europäische Identität. Die Bedeutung des Christentums für die europäische Kultur“ wird die Leitpublikation der Stiftung für die Ratspräidentschaft entstehen. Teilnehmer waren unter anderen Prof. Dr. Rudolf Lill (Köln), Prof. Dr. Otto Depenheuer (Köln), Prof. Dr. Jean-Paul Willaime (Paris), Prof. Dr. Markus Graulich (Rom) und Prof. Dr. Gerard J.M. van Wissen (Amsterdam).

2.5. Begabtenförderung und Kulturabteilung

Seit einiger Zeit führt die Stiftung unter dem Thema: „Europa, Kultur, Identität“ große Konferenzen in Osteuropa – zuletzt in Prag, Danzig und Budapest - durch. Teilnehmer sind vor allem Germanisten, Schriftsteller und Politiker aus Ost-, Südost- und Mitteleuropa. Daraus sind bisher drei Publikationen entstanden. Die Tagungen haben bereits heute ein erhebliches Renommee in Osteuropa.

Während der deutschen Ratspräidentschaft soll diese Reihe mit ihrer gewachsenen politischen Bedeutung in Riga fortgesetzt werden. Von der Konferenz wird eine Auswirkung auch in andere baltische Länder und in die anderen Nachbarländer hinein angestrebt.

Zwei Themenschwerpunkte stehen im Mittelpunkt:

- Was hält uns in Europa zusammen? Was unterscheidet uns von anderen? Christliche Werte / Europa als Wertegemeinschaft
- Europa als Kultur- und Wissensgemeinschaft. Hier sollen u.a. Fragen der kulturellen Identität und des gemeinsamen kulturellen Erbes als Auftrag an Erziehung und Bildung hervorgehoben werden.

2.6. Internationale Zusammenarbeit / KAS-Außenstellen

- a) **Die KAS-Außenstellen in Europa** werden das Thema Europa als Werte- und Kulturgemeinschaft in den Mittelpunkt stellen.

Außerdem sollen die Positionspapiere der EIN vorgestellt werden.

Die Außenstellen werden die Ziele der deutschen Ratspräidentschaft darstellen und Dialogforen organisieren, um die aktuellen Fragen der europapolitischen Agenda und der weltweiten Aufgaben Europas zu diskutieren.

In der Planung sind Veranstaltungen unter dem Motto „Europa als Kultur- und Wertegemeinschaft“.



b) Brüssel

Die Arbeitsplanung für Brüssel nimmt das Leitmotiv der KAS „Christliche Werte: Fundament und Zukunft Europas“ auf.

Dazu gibt es folgende Veranstaltungen:

- Werte und Zukunft: Dies ist die zentrale Veranstaltung des Europabüros Brüssel und Höhepunkt der Maßnahmen vor Ort. Im Mittelpunkt steht ein öffentliches Interview mit Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl, das der ZDF-Journalist Udo von Kampen führen wird.
- In Zusammenarbeit mit den Kirchen:
„Europa vor der religiösen Frage“
„Gott in der Verfassung“
- Ausstellung Konrad Adenauer:
Gründungsvater Europas
- Kulturelle Identität:
„Bildungskanon Europas mit Annette Schavan“
- Think-Tank-Zukunftskolloquium: Europäische Think Tanks präsentieren und diskutieren Positionspapiere über die Perspektiven der europäischen Agenda in Zusammenarbeit mit dem EIN der EVP. Diese Veranstaltung könnte vor allem am Ende der Ratspräsidentschaft den erreichten Stand resümieren, bilanzieren, aber auch Zukunftsaufgaben für die Politik und die KAS identifizieren.

Die Außenstellen der KAS weltweit, v.a. in Washington, China und Indien

In ausgewählten außereuropäischen Außenstellen werden die Themen der gemeinsamen globalen Zukunft und Verantwortung angesprochen. Schwerpunkte sind:

- Sicherheit
- Wirtschaft und Handel
- Gerechte weltweite soziale Ordnung

Das auf der jährlichen Außenstellenleitertagung der KAS in Berlin verabschiedete Arbeitspapier für den internationalen Bereich ist Grundlage für die Aktivitäten im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft.

2.7. Publikationen

Es ist mit einer Fülle von Publikationen zum Thema Europa zu rechnen. Die KAS wird sich aus diesem Grunde insbesondere auf solche Veröffentlichungen konzentrieren, die unmittelbar mit ihren großen Arbeitsprojekten in Verbindung stehen.

Folgende Publikationen werden zur Begleitung der Maßnahmen bereitgestellt:

- Novemberausgabe der Politischen Meinung: Europa als Werte- und Kulturgemeinschaft
- Europahandbuch samt Leitfaden zur Europapolitischen Argumentation – Daten und Fakten, Dokumente und Reden
- Broschüre der Politischen Bildung: Europa lohnt sich (v.a. begleitend zur Bildungspolitik und zur internationalen Arbeit)

Das Informations- und Publikationsangebot der KAS verbindet die klassischen gedruckten Informationsmaterialien mit einem Internetinformationsangebot (elektronische Bibliothek). Es bietet Argumentationshilfen und Fakten über Europa. Wir versuchen, die Fülle der Leitideen zur europäischen Entwicklung herauszustellen, für Redner aufzubereiten und dabei insbesondere den Beitrag der christlichen Demokraten bei der Gestaltung Europas zu dokumentieren.



III) Grundwertedebatte und Begleitung der Grundsatzprogrammdiskussion

Die Stiftung greift die neu erwachende Suche nach religiöser und weltanschaulicher Orientierung in einer Zeit schnellen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels auf. Dazu wird unter anderem der Dialog mit den Kirchen intensiviert. Dem **Gesprächskreis „Christliche Sozialethiker“** misst die Stiftung nicht zuletzt aufgrund seiner ökumenischen Ausrichtung eine große Bedeutung bei. Die Entwicklung der christlichen Soziallehre steht im Zentrum der hier geführten Diskussionen und wird – in Zusammenarbeit mit dem internationalen Bereich der KAS – im Vergleich mit dem Freiheits- und Verantwortungsbegriff in anderen Religionen untersucht.

Auf dem Feld der **Familienpolitik** werden tektonische Verschiebungen im Wertesystem besonders sichtbar. Deshalb stößt die Stiftung eine Debatte über ein Rahmenkonzept an, in dem die veränderten Lebenslagen berücksichtigt werden können, ohne die Ehe und die Familie als Kernelement gesellschaftlichen Lebens zu beschädigen. Vielfältige Handlungsbereiche in der Arbeitsmarkt-, Bildungs- oder Sozialpolitik sind zu integrieren. Die Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, trotz sinkender Geburtenraten und zunehmenden Einpersonen-Haushalten familienfreundliche Lebenswelten zu erhalten.

Ein weiterer Fokus liegt auf der nur schwer fassbaren **Freiheitsbedrohung durch die öffentliche Verschuldung**, welche die Handlungsfreiheit zukünftiger Generationen einengt.

Die **Begabtenförderung** wird Konzeptionen und Inhalte der Seminare zur ideellen Förderung von Stipendiaten auf die unterschiedlichen Aspekte der **Wertediskussion** konzentrieren. Vor allem junge Menschen, die sich noch in der Phase der Persönlichkeitsentwicklung befinden, suchen Aufklärung und Orientierung. Zusätzlich trägt die Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur mit mehreren Veranstaltungen zur Profilierung der christlich-demokratischen Grundwerte bei. Eine Freiheitsausstellung, eine Else-Heiliger-Fonds-Werkstatt zur Freiheit der Kunst im Spannungsverhältnis zur möglichen Verletzung religiöser Gefühle, sowie Symposien zur Begegnung von Naturwissenschaft und Religion sind weitere konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der inhaltlich-strategischen Zielsetzung, die Wertedebatte anzutreiben. Auf einer herausgehobenen Veranstaltung sollen einige der 14 Literatur-Preisträger zum Thema „Freiheit des Wortes“ sprechen.

Eine Maßnahme zur **Förderung des internationalen Wertedialoges** ist die Fortsetzung der Debatte mit der Orthodoxie über Freiheits- und Menschenrechte. Das große Interesse an der Soziallehre und sozialethischen Fragen soll genutzt werden, um grundlegende Werte der Europäischen Identität zu vertreten.

Im weltweiten **Dialog der Kulturen** wird das Wertethema an Bedeutung zunehmen. In Fach- und Regionalkonferenzen auf allen Kontinenten will die Stiftung die jeweiligen Freiheitsbegriffe und ihre Auswirkungen auf die politischen Systeme und auf das politische Handeln analysieren. Dieses wertvolle Wissen soll in Deutschland bekannt gemacht und aufbereitet werden, um zu einer angemessenen Formulierung deutscher Dialogstrategien im internationalen Kontext beizutragen.

Der Gesprächskreis „**Berliner Dialog**“ und die Veranstaltung „**Berliner Tag**“ führen ausländische Stipendiaten ausgewählter Regionen zusammen. Sie sollen sich vor allem mit den Werten befassen, die unserem christlichen Menschenbild und damit unserem politischen und wirtschaftlichen System zugrunde liegen.

Eine Grundsatzprogrammdiskussion muss breit und auf allen Ebenen geführt werden, um ihr Ziel der Identitätsbildung und Profilierung zu erreichen. In den Seminaren und sonstigen Veranstaltungen der **Politischen Bildung** können viele Teilnehmer zur Beteiligung an der Grundwertedebatte ermutigt und aufgefordert werden. Dazu wird das **Kursangebot zur christlich-demokratischen Idee** erweitert und intensiviert. Unterschiedliche Zielgruppen sind spezifisch anzusprechen, um eine lebendige und engagierte Werte- und Grundsatzdiskussion in Deutschland zu fördern. Dabei soll nicht nur Wissen vermittelt werden. Es geht auch darum, die Voraussetzungen für ein grundwerteorientiertes politisches Handeln heraus zu arbeiten und den Teilnehmern praxisrelevantes Rüstzeug an die Hand zu geben.



Der Spannungsbogen von Freiheit und Gleichheit im Denken der Christlichen Demokratie und ihres geistigen Umfeldes ist eine zentrale **zeitgeschichtliche** Fragestellung. Über Werteverlust bzw. die Entstehung neuer Wertrelationen kann nicht nachgedacht werden, ohne sich mit der geistigen und gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik seit den 50er Jahren zu befassen. Was hat sich im Wertekonsens zeithistorisch konkret verändert und warum? In entsprechenden Veranstaltungs- und Buchprojekten werden zeitgemäße, wertorientierte Grundlagen für die politische Zukunftsgestaltung formuliert.

Auf einer **Zentralveranstaltung** mit dem Arbeitstitel „**Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung**“ wird die Vielfalt der Aktivitäten der Stiftung zum Themenschwerpunkt „**Grundwertedebatte**“ zusammengefasst und der Öffentlichkeit präsentiert. Dazu werden im Vorfeld Veranstaltungen durchgeführt und Positionspapiere erarbeitet, die das Themenfeld aus nationaler und internationaler Perspektive reflektieren. Den Teilnehmern des „Tages der Konrad-Adenauer-Stiftung“ soll ein Eindruck von der Vielfalt der Angebote der Stiftung zu diesem Themenkomplex in der Politischen Bildung, der Begabtenförderung, den Wissenschaftlichen Diensten, der Politikberatung und im Internationalen Bereich vermittelt werden. Der inhaltliche Kern und die Vorstellung der Arbeit der KAS werden durch Beiträge aus Kunst und Kultur zur Profilierung der Wertedebatte (Ausstellung, Lesung, Musik) umrahmt. Mit dieser Zentralveranstaltung möchte die Stiftung die KAS-Familie, d.h. die Freunde, Partner, Förderer, Vertrauensdozenten, Altstipendiaten und Stipendiaten zusammenführen und ein gemeinsames Verständnis der Arbeit der KAS befördern.



IV) Analyse des Zustandes der parlamentarischen Demokratie und des Parteiensystems in Deutschland

Zurückgehende Wahlbeteiligungen, schwindende Mitgliederzahlen in den Volksparteien, schwieriger gewordene Mehrheitsbildungen in den Parlamenten, Aufwuchs extremistischer Kräfte an den politischen Rändern und ein Ansehensverlust demokratischer Institutionen müssen als mögliche Krisensymptome ernst genommen werden.

Dies alles deutet darauf hin, dass es in der Gesellschaft Unzufriedenheit und Verdruss gibt. Die Akzeptanz des Politischen scheint rückläufig zu sein. Bei der Europawahl 2004 beteiligten sich nur 43 Prozent, bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2006 gingen nur 44,4 Prozent zur Wahl. Die PDS hat bei der Bundestagswahl 8,7 Prozent erhalten, wobei die Stimmabgabe überwiegend von Protest motiviert war. Die jüngsten Einzüge der NPD in die Landesparlamente in Sachsen (2004, 9,2 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (2006, 7,3 Prozent) sorgen für erhebliches Aufsehen. Der Befund, dass 8 Prozent der Bevölkerung zum „abgehängten Prekariat“ gehören, hat den Fokus auf die Auf- und Abstiegsmobilitäten der Gesellschaft gerichtet. Hiermit lässt sich das Protestverhalten und die Wahl extremistischer Parteien erklären.

Neben den mit der Grundwertedebatte zusammenhängenden Maßnahmen wird die Hauptabteilung Politik und Beratung insbesondere ihre Kompetenz in den Bereichen **Wahl- und Partienforschung** nutzen, um die Entwicklungen zu analysieren und mögliche Handlungsoptionen aufzuzeigen. Dazu plant die HA Politik und Beratung u. a. folgende Maßnahmen zur Partien- und Wahlforschung:

- Im Zusammenhang mit den dringend notwendigen Reformen in Deutschland und den bisher eingeleiteten, zum Teil umstrittenen Reformprozessen soll das Thema **Gerechtigkeit** aufgegriffen und die unterschiedliche Akzentuierung des Gerechtigkeitsbegriffs in der SPD und bei den Christdemokraten untersucht werden.
- Vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Zuwächse werden die Ursachen der Wahlerfolge und die **Entwicklungspotenziale rechtsextremistischer Parteien** analysiert. Ebenso werden die **Entwicklungen am linken Rand** beobachtet.
- Die Partienforschung in der Stiftung wird durch eine kontinuierliche **Wahlanalyse** flankiert.
- Die bei den letzten Wahlen zunehmend erkennbaren Grenzen der Prognosefähigkeit macht es notwendig, die **Instrumente der Wahlforschung** kritisch zu reflektieren. Die Stiftung wird sich dem Problem des unvorhersehbaren Wählerverhaltens und der begrenzten Prognosefähigkeit der Wahlforschung widmen.
- Die Wahlforschung der Stiftung wird sich schließlich auch mit dem **Wahlverhalten von Migranten** in Deutschland befassen.

Die **Begabtenförderung** wird in einer größeren Anzahl von Seminaren die historischen und aktuellen Entwicklungen des Parlamentarismus, der politischen Strömungen und der Parteienentwicklung in Deutschland in den Vordergrund stellen. In Kooperationsveranstaltungen mit der Ludwig-Erhard-Stiftung werden aktuelle, aber werteorientierte Themen der Sozialen Marktwirtschaft behandelt, z.B. das Verhältnis von Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung im Sozialstaat. Ein weiterer Rahmen für diese Fragen sind eine Reihe von Zukunftswerkstätten, bei denen die Begabtenförderung gemeinsam mit der Hauptabteilung Politik und Beratung aktuelle Fragen zur Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft, zum Verhältnis von Bürger und Staat, zu den Grundsatzdebatten in den Volksparteien oder zu Fragen der christlichen Ethik behandelt und damit zur Bewusstseinsbildung der Teilnehmer beiträgt.

Die **Politische Bildung** ist besonders nahe an den Bürgern. In ihrem Seminar- und Veranstaltungsprogramm sind Veranstaltungsangebote zu den Grundlagen unserer parlamentarischen Demokratie, politischen Herausforderungen, Links- und Rechtsextremismus und Ehrenamt enthalten.



Dem Bürger muss verdeutlicht werden, dass ohne sein Mittun Demokratie gefährdet ist. Zusätzlich gibt es das Bestreben, mit Maßnahmen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik schwierige Politikthemen, die den Bürger gleichwohl unmittelbar berühren, anschaulich zu erläutern.

Anzeichen für eine gewisse „Respiritualisierung“ der Gesellschaft wie der Weltjugendtag können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich **Prozesse der Entkirchlichung und Entchristlichung** in Deutschland zunächst eher weiter verfestigen. Wenngleich die Zahl der Kirchenaustritte in den letzten Jahren insgesamt stagnieren und noch immer mehr als 40 Prozent der Bevölkerung in Umfragen den Kirchen eine wichtige Rolle zubilligen, bleibt zu konstatieren: Kenntnisse über Glaubensgrundsätze und sich daraus ergebende Wertgrundlagen gehen immer weiter zurück. Um ein Beispiel zu nennen: 39 Prozent der Sechs- bis Zwölfjährigen wissen Umfragen zufolge nichts über den Grund des Weihnachtsfestes. Der Glaube wird in zunehmendem Ausmaß zu einer Privatsache; die Zahl der Christen in politischer Verantwortung, die sich bereitwillig zu ihrem Glauben bekennen, schwindet.

Diese Tendenz hat erhebliche Folgen für Politik und Gesellschaft, sie hat aber auch erhebliche Folgen für die christlich-demokratische Bewegung. Die Verständigung über gemeinsame Werte und Grundhaltungen, die sich bei uns aus den christlich-jüdischen, abendländischen und antiken Traditionen ergeben haben, sind eine unabdingbare Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Der Staat lebt von „Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er um der Freiheit willen eingegangen ist“, so das Diktum von Ernst Wolfgang Böckenförde. Eine Politik, die gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten der Kirchen keinen genügenden eigenen und freien Raum böte, würde an dem Ast sägen, auf dem alle Bürgerinnen und Bürger, Christen wie Nichtchristen sitzen. Nicht zuletzt deshalb sind Maßnahmen der politischen Grundlagenarbeit an der **Schnittstelle zwischen Politik und Religion** in der Politischen Bildung, aber auch in der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung von erheblicher Bedeutung. Die Stiftung plant vor diesem Hintergrund unter anderem folgende Aktivitäten:

- Sie wird in Fachgesprächen, in der politischen Bildung, aber auch in den Seminaren der Begabtenförderung das **Grundsatzpapier „Im Zentrum Menschenwürde“** ihres **Gesprächskreises evangelischer und katholischer Sozialethiker** weiter kommunizieren. Vor allem geht es darum, die Umsetzung der Grundlinien des Papiers in die politische Gestaltung zu begleiten. Sie wird in diesem Zusammenhang auch die Parteien weiter dazu ermuntern, wie es im Papier heißt, „sich selbst und der Öffentlichkeit Rechenschaft darüber abzulegen, für welches Bild vom Menschen sie stehen und woran sich ihre grundlegenden politischen Entscheidungen und Optionen ausrichten.“
- Mit Analysen und Round-Table-Gesprächen wird die Stiftung der Frage nachgehen, wie im Elternhaus und in der Familie, aber auch vor allem im schulischen Unterricht **christliche Werte** und Grundfragen **vermittelt** und vorgelebt werden können.
- In Expertengesprächen soll untersucht werden, wie dem Trend, die Religion – beispielsweise durch einen verpflichtenden **Ethikunterricht** in Berlin – zunehmend in den partikulären Bereich des Privaten abzudrängen, entgegengewirkt werden kann. Mit Religionslehrern soll über die Zukunft des Religionsunterrichtes diskutiert werden.
- Die Politische Bildung wird die Folgen **der Entchristlichung für die Unionsparteien** unter anderem in den Seminaren zur christlich-demokratischen Idee und in eigenen Veranstaltungen zu diesem Thema aufgreifen.
- Die Zusammenarbeit der Politischen Bildung mit den **kirchlichen Akademien und Verbänden** wird weiter intensiviert.
- Anlässlich des **Evangelischen Kirchentages** in Köln wird in Schloss Eichholz ein Jugendcamp veranstaltet, das Raum für Begegnungen, aber auch für die Diskussion gesellschaftspolitisch relevanter Fragen im Bereich von Politik und Religion bieten soll.
- Die Begabtenförderung wird unter anderem in ihren **Zukunftswerkstätten**, die sich 2007 insbesondere an der Grundsatzprogrammdiskussion orientieren, mit der Bedeutung christlicher Werte in unserer Gesellschaft auseinandersetzen – insbesondere mit ihrem Seminar „Christliche Ethik: Eine Orientierung?“.



- Bei den regionalen Stipendiatenveranstaltungen wird darauf hingewirkt, dass zunehmend Repräsentanten des christlichen Glaubens aus den Kirchen und Universitäten zu Abendgesprächen eingeladen werden.
- Zusammen mit Altstipendiaten und Stipendiaten kann die Stiftung im Umfeld der Universitäten den Versuch unternehmen, **Gesprächskreise junger Theologen** zu gründen, die sich insbesondere auch der Frage widmen, wie mit entsprechender Jugendarbeit junge Menschen dauerhaft für christliche Wertorientierungen und Glaubensinhalte gewonnen werden können.
- In der Veranstaltungsreihe „**Epochen und Akteure der christlichen Demokratie**“ will die Begabtenförderung die Bedeutung von Vorbildern, die im Christentum verankert sind, für die christlich-demokratische Idee in Erinnerung rufen.



V) Politisch-historisches Kalendarium 2007 - 2009

2007

Januar	
1. Januar	50. Jahrestag der Eingliederung des Saarlands als 11. Bundesland Deutschland übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft Deutschland übernimmt die G8-Präsidentschaft
20. Januar	90. Geburtstag von Bruno Heck
31. Januar	40. Todestag von Bischof Otto Dibelius
Ende Januar	Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments
Februar	
1.–3. Februar	60. Jahrestag der Verabschiedung des Ahlener Programms
5./6. Februar	60. Jahrestag der Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Union“ auf der Arbeitstagung in Königstein/Taunus
7. Februar	15. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht
14. Februar	60. Jahrestag der Gründung des LV Rheinland-Pfalz
17.–21. Februar	60. Jahrestag des 1. Deutschlandtags und damit Gründung der Jungen Union (Königsteiner Treffen)
März	
1./2. März	60. Jahrestag der Gründung des Ellwanger Kreises
8. – 9. März	EU-Gipfel in Brüssel
11. März	100. Geburtstag von Helmuth James Graf von Moltke
25. März	Europäischer Sondergipfel in Berlin zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge
25. März	50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge, Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
April	
5. April	50. Todestag von Hugo Dornhofer
19. April	40. Todestag von Konrad Adenauer
25. April	1947 – Gründung des DGB



Mai	
Mai/Juni	Präsidenten- und Parlamentswahlen in Frankreich
2. Mai	50. Todestag von Otto Lenz
5. Mai	30. Todestag von Ludwig Erhard (4. Februar – 110. Geburtstag)
8. Mai	10. Todestag von Kai-Uwe von Hassel
14. Mai	100. Geburtstag von Hans von der Groeben
31. Mai	60. Jahrestag der Gründung der Nouvelles Equipes Internationales auf der Tagung in Chaudfontaine bei Lüttich
Juni	
2. Juni	35. Jahrestag der Konstituierung der Schüler-Union auf Bundesebene
6. – 10. Juni	Evangelischer Kirchentag in Köln
21. – 22. Juni	EU-Gipfel in Brüssel
Juli	
1. Juli	Portugal übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft
1. Juli	40. Jahrestag der Bildung der Europäischen Gemeinschaft
8./9. Juli	40. Jahrestag der Verabschiedung der „Offenburger Erklärung“ auf der 12. CDA-Bundestagung
29. Juli	1957 – Gründung der Deutschen Bundesbank

August	
14./15. August	60. Jahrestag des 1. Parteitags der CDU der britischen Zone in Recklinghausen
28. August	30. Todestag von Peter Altmeier
Oktober	
1. Oktober	25. Jahrestag der Übernahme der Kanzlerschaft durch Helmut Kohl
2. Oktober	10. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags von Amsterdam
13. Oktober	70. Geburtstag von Rudolf Seiters
November	
15. November	100. Geburtstag von Claus Graf Schenk von Stauffenberg
16. November	70. Geburtstag von Lothar Späth
28.–30. November	60. Jahrestag der ersten gesamtdeutschen „Reichstagung“ der Sozialausschüsse in Herne



Dezember	
19. Dezember	75. Geburtstag von Bernhard Vogel
20. Dezember	60. Jahrestag der Absetzung von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer

2008

Januar	
1. Januar	Slowenien übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft
Frühjahr	Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen
April	
15. April	80. Geburtstag von Hanna-Renate Laurien
Mai	
14. Mai	60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel
21. – 25. Mai	Deutscher Katholikentag in Osnabrück

Juni	
21. Juni	60 Jahre Währungsreform
24. Juni	1948 – Beginn der Berlin-Blockade
Juli	
1. Juli	Frankreich übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft
August	
21. – 23. August	1968 – Prager Frühling
Herbst	Landtagswahlen in Bayern
September	
1. September	60 Jahre Zusammentritt des parlamentarischen Rates; Wahl Konrad Adenauers zum Präsidenten
November	
27. November	1958 – „Berlin-Ultimatum“ der Sowjetunion
Dezember	
9. Dezember	1948 – UNO-Deklaration der Menschenrechte



2009

Januar	
1. Januar	Tschechien übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft
Frühjahr	Landtagswahlen in Thüringen
März	
13. März	1979 – Inkrafttreten des EWS
Mai	
5. Mai	60. Jahrestag Gründung des Europarates
23. Mai	60 Jahre Grundgesetz
23. Mai	Wahl des Bundespräsidenten
Juni	
Juni	7. Direktwahlen zum Europäischen Parlament
4. Juni	1989 – Erste freie Wahlen in Polen
7./10. Juni	1979 – Erste Direktwahlen zum Europaparlament
Juli	
1. Juli	Schweden übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft
August	
14. August	60. Jahrestag der Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag
September	
September	Wahlen zum 17. Deutschen Bundestag (voraussichtlich)
10./11. September	1989 – Öffnung der ungarischen Grenze zu Österreich
15. September	1949 – Wahl Konrad Adenauers zum Bundeskanzler
Herbst	Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen, Saarland
Oktober	
9. Oktober	1989 – „Montagsdemonstration“ in Leipzig
31. Oktober	1949 – Bundesrepublik Deutschland wird Mitglied der OEEC
November	
9. November	1989 – Öffnung der innerdeutschen Grenze
22. November	1949 – Unterzeichnung des Petersberger Abkommens
28. November	1989 – „Zehn-Punkte-Plan“ Helmut Kohls
Dezember	
9. Dezember	1989 – Besuch Helmut Kohls in Dresden
12. Dezember	1979 – NATO-Doppelbeschluss

